

# „Umweltsituation und Demokratie in Südostasien“

– eine internationale Tagung der Südostasien Informationsstelle vom 14. bis 16. Februar 1992 in Bochum

„Der Wald ist für die Penans wie ein Supermarkt. Stell Dir vor, jemand fährt durch Deinen Supermarkt und zerstört alles.“

Freitag, der 14. Februar 1992, 11 Uhr, die erste Referentin aus Bangkok trifft direkt vom Düsseldorfer Flughafen im Büro der Südostasien Informationsstelle ein. Im Laufe des Nachmittags kommen weitere Gäste und ReferentInnen aus Malaysia, Burma, Großbritannien, den Niederlanden und Dänemark. Die diesjährige Tagung der Infostelle mit internationaler Beteiligung konnte beginnen. Fast 90 Interessierte aus dem umwelt- und entwicklungspolitischen Spektrum sind der Einladung gefolgt, mit ReferentInnen aus Südostasien die Zusammenhänge zwischen Umweltsituation und Demokratie zu diskutieren.

Drei HauptreferentInnen schilderten die ökologischen Auswirkungen - der Regenwaldzerstörung in Malaysia (Referent: Sim Kwang Yang), - der Industrialisierung in Thailand (Referentin: Chantana Banpasirichote Wun'Gaeo) - des länderübergreifenden Mekong-Projektes (Referent: Larry Lohmann). In Diskussionsgruppen zu den drei Themen standen weitere Fachleute mit unterschiedlichen Ländererfahrungen zur Verfügung: Irene Bloemink, Amsterdam, zum Regenwald in Burma; Antonius Larenz, Göttingen, zum Regenwald in Indonesien; K.K. Tan, Cambridge, zur Industrialisierung in Malaysia; Tue Magnussen, Kopenhagen, zum Mekong-Projekt.

Sim Kwang Yang, stellvertretender Generalsekretär der größten Oppositionspartei im malaysischen Bundsparlament (DAP) und umweltpolitischer Sprecher seiner Partei, hat die Hintergründe und Auswirkungen der Regenwaldzerstörung in Sarawak so umrissen: Malaysia und speziell Sarawak gehört mit Indonesien zu den größten Tropenholzexporteuren der Welt. Der Hauptanteil des Rohholzes geht in asiatische Staaten, nach Europa werden fast nur verarbeitete Holzprodukte verkauft. Trotz des rasanten Abholzungsstempos in Sarawak erwartet Sim nicht, daß dieser Teil Ost-Malaysias in den nächsten zehn bis fünfzehn Jahren zur Wüste werde. Um die Abholzung zu verlangsamen, ist für ihn der entscheidende Ansatzpunkt, die Wirtschaft z.B. durch eine Förderung der Verarbeitungsindustrie zu diversifizieren, um so die Abhängigkeit vom reinen Rohstoffexport zu verringern. Als Oppositionspolitiker tritt Sim weder für ein striktes, landesweites Abholzungsverbot ein noch für einen generellen Tropenholzboykott seitens der importierenden Länder. Er argumentierte mit der Bedeutung des Wirt-

schaftsfaktors Holz, Tausende von Arbeitsplätzen hängen an der Holzindustrie. Er plädierte für eine Änderung der Welthandelsbedingungen, so daß Malaysia mehr verarbeitete Holzprodukte auch nach Europa exportieren könne.

K.K. Tan, stellvertretender Vorsitzender der malaysischen Umweltschutzorganisation „Environmental Protection Society of Malaysia“, schloß sich Sims Meinung an und trat für einen zeitlich begrenzten Boykott ein. Wenn die malaysischen Behörden die Richtlinien für eine langfristige Holznutzung ernstnehmen, könne der Boykott ja aufgehoben werden. Welche Einflußmöglichkeiten aber haben die Bewohner Sarawaks, über die Nutzung ihrer Wälder mitzubestimmen? Wer sich in Malaysia öffentlich für den Erhalt der Wälder einsetzt, dem/der werden regierungsfeindliche Motive unterstellt, so daß das „Gesetz zur Inneren Sicherheit“ (ISA) zum Einsatz kommen kann. K.K. Tan selbst wurde wegen seines umweltpolitischen Engagements für ein Jahr ohne Gerichtsverfahren inhaftiert. Jüngstes Beispiel ist die Verhaftung des Umweltaktivisten Anderson Mutang Urud am 5. Februar dieses Jahres in Sarawak, weil er an einer Blockade von Holztransporten teilnahm. Wie lange er ohne Gerichtsverfahren hinter Gittern bleiben wird, ist noch unklar. Hunderte, die bisher gegen die Waldvernichtung protestierten, wurden in den letzten Jahren verhaftet.

Umweltpolitik in Malaysia ist ein hochbrisantes Thema. Deshalb bewertete Sim die „Baumbesetzer-Aktion“ letzten Jahres durch einige Europäer als nicht hilfreich für Sarawak. Ohne Zustimmung der Regenwald-AktivistInnen aus Sarawak wurde diese Aktion in Malaysia als Bevormundung durch den Norden gesehen. Die Argumentation für einen Tropenholzboykott, oder sogar für einen Einfuhrstopp für Holz, gegen burmesisches Holz ist völlig anders, wie Irene Bloemink aus Amsterdam, unterstützt von den burmesischen TeilnehmerInnen, berichtete: Das Militärregime finanziert den Bürgerkrieg gegen die demokratische Opposition mit den Einnahmen aus dem Holzverkauf. Es wurde auf der Tagung deutlich, daß in Fragen eines Abholzungsverbotes oder eines Tropenholzboykotts europäische und südostasiatische Umweltorganisationen noch keine gemeinsame Position gefunden haben.

Frau Chantana Banpasirichote Wun'Gaeo von der Chulalongkorn Universität in

Bangkok faßte die Folgen der Industrialisierung Thailands unter dem Stichwort „NIC-Shock“ zusammen. Das schnelle wirtschaftliche Wachstum im Land führt dazu, daß die Zahl der in Thailand angesiedelten Industriebetriebe vor allem in den Bereichen der Elektro-, Metall- und Chemieindustrie sowie im Transportwesen in den letzten fünf bis sechs Jahren enorm gewachsen ist. Die hohe Nachfrage nach Industriestandorten hat die Grundstückspreise explosionsartig ansteigen lassen, so daß die durchschnittliche Landbevölkerung kaum mehr Zugang zu Land hat. Land Spekulation wurde zu einem lukrativen Geschäft, wodurch Teile der Bevölkerung sogar ihr Land verloren.

Der erweiterte industrielle Sektor konkurriert häufig mit der Land- und Forstwirtschaft um die Nutzung der natürlichen Ressourcen. Wo in Nordost-Thailand Salz im Tagebau als Rohstoff für die Papier-, Chemie- und Glasherstellung gewonnen wird, sind die Flüsse und das Grundwasser zu versalzen, um eine landwirtschaftliche Nutzung aufrechterhalten zu können. Die örtliche Opposition versucht den Salzabbau als Bergbau zu deklarieren, wodurch es nach thailändischer Gesetzgebung einfacher ist, umweltverträglichere Abbaumethoden zu verlangen. Andere verarbeitende Industrien verursachen nicht nur eine starke Luft- und Wasserverschmutzung, sondern gerade durch Unfälle in der Chemieindustrie ist die Bevölkerung erheblich gefährdet. Bei einem Brand in einem Chemiewerk im Bangkokener Hafen im März 1991 litt vor allem die Bevölkerung im angrenzenden Slumgebiet unter starken Gesundheitsschäden. Aber die Verantwortlichen aus Politik und Wirtschaft informierten die Öffentlichkeit nicht einmal über die Art und die Wirkung der freigesetzten Chemikalien.

Wie eine sich verschlechternde Umweltsituation mit undemokratischen Strukturen zusammenhängt, analysierte Frau Chantana, die sich seit mehreren Jahren mit diesem Thema beschäftigt, wie folgt:

1. Die gegenwärtige Industrialisierung in Thailand ist ein in politischer, wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht „ausschließender Prozeß“. Die Bevölkerung ist an Entscheidungsprozessen über Industriestandorte oder Umweltauflagen nicht beteiligt. Der wirtschaftliche Ausschluß ist durch eine extrem ungleiche Einkommensverteilung gekennzeichnet. Die politischwirtschaftliche Machtelite in den Regionen des industriellen Booms teilen sich den Erfolg, während auf der anderen Seite die Kinderarbeit als Folge eines zu geringen Familien-

einkommens von Jahr zu Jahr zunimmt.

2. Die wirtschaftliche Entwicklung hat in den letzten Jahren eine solche Geschwindigkeit entwickelt, daß eine soziale, politische Anpassung an die neuen Gegebenheiten nicht möglich war. Beispielsweise forderten viele der 16 000 Beschäftigten eines der größten Computerhardware-Hersteller in Thailand (Seagate) sicherere Arbeitsbedingungen, nachdem einige ArbeitnehmerInnen durch eine Kontamination mit giftigen Chemikalien verletzt worden waren. Mehr als tausend Beschäftigte verloren ihren Arbeitsplatz; eine Gewerkschaft ist im Betrieb nicht zugelassen. Daß sich die Gesetzeslage noch nicht arbeitnehmerfreundlicher gestaltet hat, liegt an der Verflechtung von Militär, Wirtschaft und Politik.

3. Wer die Information hat, hat die Macht. Als die Verantwortlichen nach dem oben genannten Chemieunfall im Bangkok-Hafen sich weigerten, die Öffentlichkeit über die freigesetzten Chemikalien zu unterrichten, war der Umweltbewegung für

Mitarbeiter der thailändischen Umweltschutzorganisation „Project for Ecological Recovery“ in Bangkok. Das Mekong-Projekt ist seit den 50er Jahren geplant, und blieb aufgrund der politischen Verhältnisse in den Anrainerstaaten des Mekong bei den meisten Einzelprojekten im Planungsstadium stecken. Durch die jüngsten, einschneidenden Veränderungen in den indochinesischen Staaten scheint das Mammutvorhaben jetzt realisierbar zu sein.

Die Ökologie des Flusses ist durch den Wechsel von Regen- und Trockenzeit geprägt. In der Trockenzeit führt der Fluß so wenig Wasser, daß sich die übliche Fließrichtung umkehrt. Die Bauern und Fischer entlang des Flusses haben sich in ihren Nutzungssystemen den natürlichen Bedingungen angepaßt.

Nach Auskunft des Mekong-Sekretariats sollen die geplanten Staudämme mehreren Zielen gleichzeitig dienen: Stromerzeugung, Flutregulierung und Bewässerung der landwirtschaftlich genutzten Flächen. Der Nutzen einer künstlichen

Tausende würden durch die „notwendigen“ Umsiedlungsprogramme ihr Land verlieren. Die Lebensgrundlage der Menschen, die entlang des Mekong wohnen, würde durch die mehrfache Aufstauung des Flusses „nachhaltig“ beeinflusst. Die sozialen, ökologischen und wirtschaftlichen Folgen – ökonomisch ausgedrückt: die Kosten der negativen externen Effekte – sind jetzt kaum realistisch abschätzbar. Durch die Macht- und Entscheidungsstrukturen der beteiligten Länderregierungen und des einflußreichen Mekong-Sekretariats steht zu befürchten, daß eine Realisierung des Projektes die ungleiche Einkommensverteilung in der Region noch verstärken wird: die Industriebetriebe würden mit billigem Strom versorgt, die ländliche Bevölkerung hätte die Folgekosten zu tragen.

Bei einer so grundlegenden Kritik an dem Mekong-Projekt wurde die Frage nach Alternativen aufgeworfen. Larry Lohmann und Tue Magnussen, der sich seit Jahren mit dem Mekong-Projekt beschäftigt, beharrten darauf, daß die Antwort nur die Betroffenen selber geben können. Wie diese Antwort ausfallen wird, hängt davon ab, wer gefragt wird. Die thailändischen IndustrievertreterInnen werden eine andere Antwort haben als die FischerInnen am Tonle Sap. Ob allerdings auch die Stimme der ländlichen Bevölkerung gehört und einen Einfluß auf den Entscheidungsprozeß haben wird, ist eine Frage der politischen Entscheidungsstrukturen. Vietnamesische TeilnehmerInnen beklagten, daß in ihrem Land die Bevölkerung gar nicht über den Plan des Mekong-Projektes informiert sei – infolgedessen gibt es auch keine Opposition dagegen.

Im Rahmen der Abschlußdiskussion der Tagung stellte Ulrich Dornberg, Misereor-Mitarbeiter, das asiatische NGO-Forum „People's Plan for the 21st Century“ (PP21) vor, an dessen Abschlußkonferenz er 1989 in Minamata, Japan, teilnahm. Er schilderte die Entstehung von PP21 und erläuterte die Arbeitsweise dieser Konferenzserien in Japan. Im wesentlichen diente PP21 als Gelegenheit des Informationsaustausches unter einzelnen NGOs sowie regionalen Zusammenschlüssen. Themen waren neben Umwelt auch Gewerkschaften, Gleichberechtigung von Frauen und basisdemokratische Ansätze. Auf der Abschlußkonferenz wurde themenübergreifend diskutiert und die Minamata-Erklärung verabschiedet. Dornberg stellte PP21 als Modell eines überregionalen NGO-Zusammenschlusses dar, der sich dieses Jahr zum zweiten Mal in Thailand trifft. Am Beispiel Thailand können sowohl die Auswirkungen des wirtschaftlichen Wachstums als auch die Wirksamkeit eines wachsenden Protestpotentials erörtert werden.

Zwei wesentliche Diskussionsergebnisse der gesamten Tagung sind:

1. Das Umweltbewußtsein in verschiedenen südostasiatischen Ländern ist in der breiten Öffentlichkeit wenig ausgeprägt. Es ist entweder ein Anliegen der gehobenen Mittelschicht oder direkt von Umwelterstörung betroffenen Bevölkerungsgruppen, die umweltpolitisch interessiert oder engagiert sind.



Die thailändische Referentin Chantana auf der SOA-Tagung.

Foto: Thomas König

eine konstruktive Kritik das Wasser abgegraben. Daher ist es eine zentrale Forderung der sozialen Bewegung, politische Entscheidungen transparenter zu machen. Wenn die Bevölkerung selber den einschlagenden Weg bestimmen soll, geht das nur mit Informationen über die Folgen des Bestehenden und über mögliche Alternativen. Die Forderung nach mehr Informationsaustausch wurde von allen TeilnehmerInnen der Tagung auch selbstkritisch an die Adresse der deutschen bzw. europäischen Umweltschutzorganisationen gerichtet. Unsere Erfahrungen der Industrialisierung, Entstehung von „Altlasten“, der Theorie und Praxis von Umweltverträglichkeitsprüfungen oder Umweltauflagen sind für die umweltpolitisch engagierte soziale Bewegung in Südostasien wichtig, um schwere Fehler auf dem Weg in die „Moderne“ verhindern zu können.

Das Mekong-Projekt wurde von Larry Lohmann vorgestellt, einem ehemaligen

Wasserstandsregulierung eines Flusses, dessen Flutzyklus Grundlage eines gewachsenen Nutzungssystems entlang des Flusses ist, ist nur schwer einsehbar. Der eigentliche Zweck der Staudämme soll aber die Stromerzeugung durch Wasserkraftwerke sein. Die thailändischen Industriebetriebe wären die Hauptstromabnehmer, infolgedessen ist die thailändische Position im koordinierenden Mekong-Sekretariat sehr dominant. Zu diesem Zweck ist es geplant, eine Reihe von Dämmen z.B. in Laos zu errichten.

Ob die laotische Regierung aber den thailändischen Plänen in der jetzigen Form zustimmen wird, ist noch unklar. Bei starker Zahlung oder rückläufiger Nachfrage, befürchtet die laotische Regierung eine zu große Abhängigkeit von Thailand bzw. den Verlust der Kreditwürdigkeit.

Zusammenfassend unterstützte Larry Lohmann Chantasas These, daß Industrialisierung ein abschließender Prozeß sei.

2. Insgesamt wurde festgestellt, daß der Informationsfluß zu häufig nur in eine Richtung geht, nämlich von Süd nach Nord. Gerade die deutschen Gruppen tun sich immer noch schwer, Publikationen auf englisch zu verfassen, damit auch nicht deutschsprachige mit Informationen versorgt werden können. Dieser Kritikpunkt durch die südostasiatischen TeilnehmerInnen war sowohl an die umwelt- wie auch an die developmentpolitischen Gruppen gerichtet. Die umwelt- und developmentpolitische Bewegung wird ihrem internationalen Anspruch nur gerecht, wenn sie sich gegenseitig mit Informationen versorgt. Wenn diese Kritik als Motivation von uns hier verstanden wird, mehr in diese Rich-

tung zu tun, hat die Tagung ihr Ziel voll erreicht.

## Nachspiel

Der Referent aus Malaysia, Sim Kwang Yang, hat neben der Tagung auch noch Gesprächstermine mit VertreterInnen des Europäischen Parlaments in Straßburg und mit der Europäischen Kommission in Brüssel wahrgenommen und eine Pressekonferenz gegeben. Nach Abschluß seiner Reise hat sich der malaysische Botschafter in Brüssel nach den Gesprächen des Oppositionspolitikers Sim erkundigt. Seine EG-Gesprächspartner haben Sim eine moderate Haltung gegenüber der malaysischen

Regierung bescheinigt. Seit seiner Rückkehr nach Sarawak wird Sim öffentlich wegen seiner „regierungsfeindlichen Propaganda“ in Europa beschuldigt. Nun droht ihm eventuell eine Verhaftung aufgrund des ISA.

Thomas König

Materialien zur Tagung und eine Tagungsdokumentation können von der Südostasien Informationsstelle, Josephinenstr. 71, 4630 Bochum 1, Tel. 0234-502748, Fax. 0234-502790, für eine Betrag von DM 15,00 + Porto bezogen werden.

## Deutschland – ein harter Fall

Der harte Aufsetzer des Airbus 31 D bei der Landung erinnert mich daran, daß dies der Anfang unseres Besuchsprogramms in Deutschland ist. Das Besuchsprogramm soll einen Informationsaustausch im Umweltbereich zwischen Indonesien und der Bundesrepublik Deutschland einleiten. Der Himmel über Düsseldorf ist bewölkt und Nieselregen fällt. Die deutschen Kollegen holen uns vom Flughafen ab und bringen uns nach Bochum zum Büro der Südostasien Informationsstelle, wo wir weiteren Mitarbeitern der Infostelle vorgestellt werden. Auf der Fahrt nach Bochum bekommen wir einen ersten Eindruck von deutscher Industrielandschaft und dem System der Autobahnen. Nun liegen also fünf Wochen Programm vor uns; der Plan mit den einzelnen Programmpunkten wurde uns im Büro vorgestellt – mit dem Hinweis, daß noch Änderungen möglich sind.

Kalte Morgenluft am nächsten Morgen beim Verlassen des Bochumer Gäste- und Tagungshaus, das in den nächsten Wochen unsere Basis sein wird. Auf der Fahrt zum Stadtzentrum die ersten Einblicke in die Struktur der Stadt, die so ganz anders ist, als die indonesischen Städte. Parks und Gärten voll mit bunten Blumen, alles wirkt sehr geordnet und sauber. Container für verschiedene Sorten Abfall, der im Recycling-Verfahren aufgearbeitet werden soll. Wir sind sehr beeindruckt und hoffen, daß es in dieser Hinsicht in Zukunft auch in indonesischen Städten so aussehen wird wie in Bochum.

Doch nun zu den ernstesten Problemen. Nachdem wir einige NGOs, Industrieanlagen und sogar Ministerien besucht hatten, sind wir neben den ökologischen auch auf die sozialen Probleme aufmerksam gemacht worden. Vieles ist uns klar geworden über die moderne deutsche Industriegesellschaft. Deutschland war nicht mehr das Land, wie es sich uns am Anfang unserer Reise dargestellt hat. So viele Probleme in diesem Land, wie z.B. die Ausländerpolitik, die Neonazis usw. Wie kann das deutsche Volk die Ausländer als Menschen zweiter Klasse behandeln, nur weil sie hier wegen der schlechten Situation in ihren Heimatländern nach Arbeit suchen, neben den Menschen, die als politische Flüchtlinge um Asyl bitten? Viele der Ausländer, insbesondere die Türken, haben zum Aufbau und Erhalt der deutschen Gesellschaft

durch harte Arbeit beigetragen und gelten nun in wirtschaftlich schlechteren Zeiten als Fremdkörper und Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt.

Doch von den sozialen Problemen zu den Umweltfragen. Deutschland gilt als ein Land mit hohen technologischen Standards. Sind diese Standards umweltfreundlich? Der Prozeß der Industrialisierung findet seit über 150 Jahren statt und hat seine Spuren in Form von Altlasten und Müll reichlich hinterlassen. Es hat sich ein Bewußtsein darüber entwickelt, daß der Wohlstand mit knapper werdender Energie bezahlt wird. An diesem Punkt setzt die Arbeit deutscher NGOs an.

Im Energiebereich werden Alternativkonzepte entwickelt, auf deren Grundlage die Regierung kritisiert wird. Die NGOs fordern Wachstumsstopp und Priorität für die Belange der Umwelt. Seit Jahrzehnten kämpfen die Umweltorganisationen für eine Politik, die Mensch und Natur berücksichtigt. Dabei sind Kompromisse noch die besten Ergebnisse.

Wir konnten einige Bergwerke und Fabriken besichtigen, die aus wirtschaftlichen Gründen stillgelegt worden sind. Vergiftete Böden, zerstörte Vegetation, die sich nur langsam – falls überhaupt – erholt; mit Industrieabfällen belastete Gebiete oder auch Flüsse (als besonders krasses Beispiel die Emscher), die hochgradig das Leben der Menschen gefährden.

Ein weiteres Problem der deutschen Wohlstandsgesellschaft ist die ungebremsste Müll- und Abfallflut. Eine spezielle Technologie muß angewandt werden, um das Müllproblem in den Griff zu bekommen. In der Nähe der Stadt Unna haben wir ein Pilotprojekt besichtigt, wo organischer Müll mittels Bio-Technik im Schnellverfahren kompostiert wird. Aber ist sowas auch eine Perspektive für die Länder der Dritten Welt, die ja auch unter solchen Müllproblemen leiden? Die deutsche Industrie jedenfalls sieht einen neuen Absatzmarkt für ihre Umweltechnologie. Diese Art von Technologietransfer ist sehr teuer und erfordert Experten, kann somit nicht als angepaßt für die Länder der Dritten Welt gelten. Das Ungleichgewicht wird nur noch verstärkt.

Eine weitere Form der High-Tech und ihrer Auswirkungen konnten wir im AKW Phillipsburg kennenlernen. Der Rhein wird durch das vom Atomkraftwerk zurückge-

leitete Kühlwasser erwärmt, wodurch sich die Ökologie des Flusses ändert – um nur ein Beispiel zu geben.

Umweltbelastungen gibt es nicht nur im industriellen, sondern auch im landwirtschaftlichen Bereich – bedingt durch Massentierhaltung und den Einsatz von Chemie. Im Kreis Vechta konnten wir vor Ort die Auswirkungen des zu hohen Gülleeintrags auf die Felder studieren. Die Böden versauern, Bäume sterben und die Grundwasserqualität wird beeinträchtigt. Außerdem stinkt! Das deutsche Wort Gülle werden wir in Erinnerung behalten.

Nach Abschluß des Besuchsprogrammes begannen wir zu verstehen, wie die deutsche Öffentlichkeit sich mit der Umwelt auseinandersetzt. Vom Bewußtsein her kann die deutsche Gesellschaft als führend angesehen werden, wenn man sie mit anderen Ländern vergleicht. In den Niederlanden mag man zwar bessere Konzepte haben, doch die Umsetzung läßt noch zu wünschen übrig. Im Fall Deutschland haben wir den Eindruck, daß die Umsetzung in erster Linie zu Hause stattfindet.

In Indonesien jedoch, wo viele deutsche Unternehmen wie Bayer, Siemens, Mercedes, Hoechst, BASF etc. arbeiten, passiert im Umweltbereich nichts. Die deutschen Firmen machen ihre Geschäfte und tun nichts für die Umwelt. Für die deutsche Regierung gilt, daß sie noch nicht einmal 1 % des Bruttosozialproduktes für Entwicklungszusammenarbeit ausgibt. Gerade im Umweltbereich sollte mehr für Indonesien getan werden, denn die Umweltfrage kann nur international gelöst werden.

Als Umweltaktivist erhoffe ich mir in Zukunft eine engere Zusammenarbeit mit deutschen NGOs. Aber ich sehe Schwierigkeiten, wenn die deutschen Aktivisten nicht verstärkt lernen, die globalen Umweltprobleme mit den Augen des Südens zu sehen. Wir waren sehr erstaunt, wie wenig in Deutschland über Indonesien bekannt war. Während die Frage des Erhalts der tropischen Regenwälder in Deutschland heiß diskutiert zu werden scheint, war über Indonesien, das Land mit dem zweitgrößten Regenwaldbestand nach Brasilien wenig bekannt.

Doch ich bin zuversichtlich, daß unsere Beziehungen in Zukunft besser sein werden, daß, wenn die Wolken verschwunden sind, Licht auf die deutsch-indonesischen NGO-Beziehungen fallen wird.

C.H., ein indonesischer Umweltaktivist